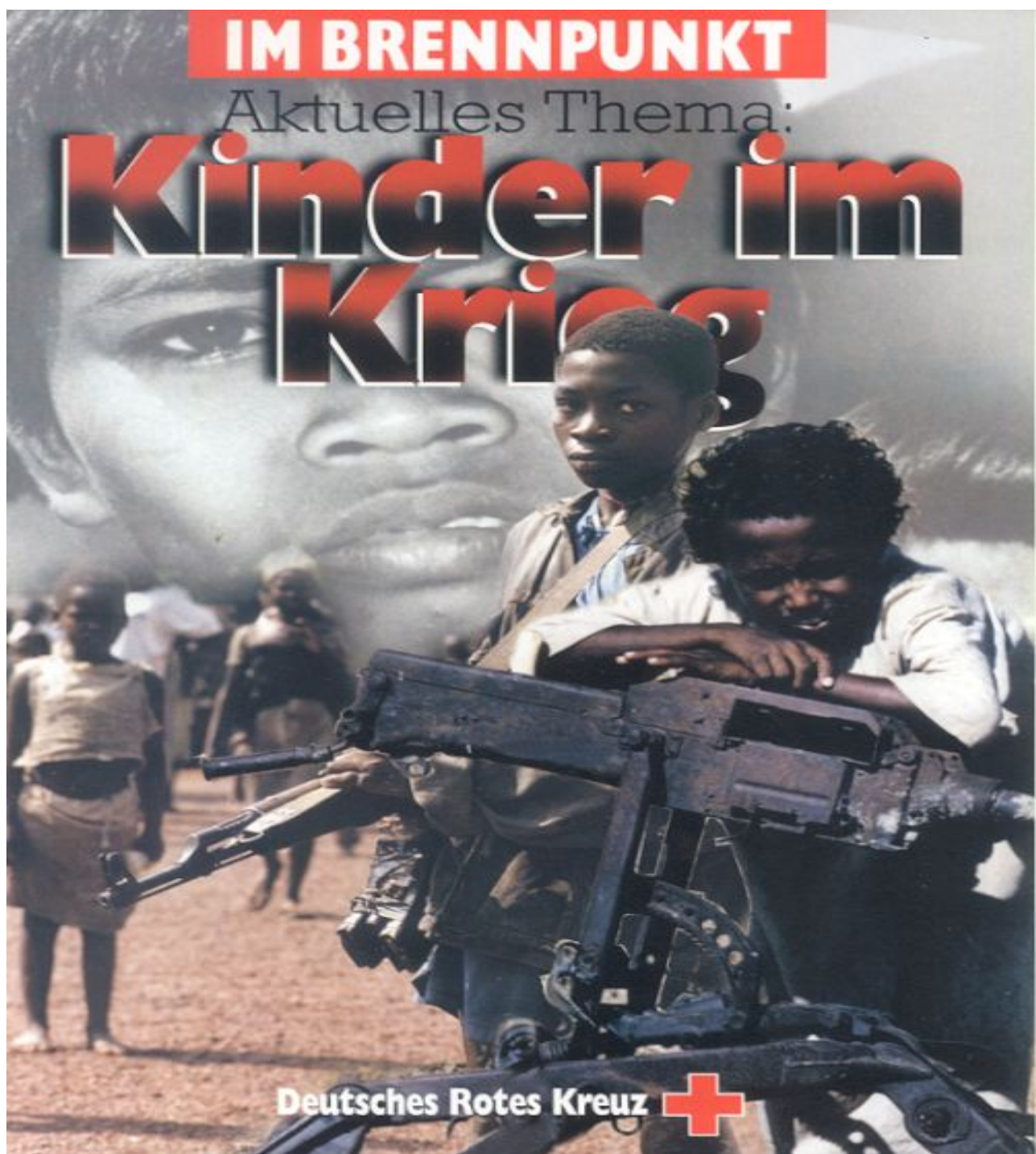


„Youth must act“ (1999 bis 2001)

Auch wenn die Rekrutierung von Kindersoldat*innen weltweit verboten ist, werden in einigen Ländern immer noch Kinder verschleppt und in der Armee oder von bewaffneten Gruppen als Handlanger missbraucht. Deshalb haben wir uns mit unserer Kampagne „Youth must act“ von 1999 bis 2001 dafür stark gemacht, dass Kinder überall auf der Welt friedlich aufwachsen können.

Ausgangssituation



1999 werden weltweit mehr als 300.000 Kinder und Jugendliche als Kindersoldatinnen und Kindersoldaten missbraucht. Sie werden zum Teil legal rekrutiert, zum Teil gegen ihren Willen entführt oder erpresst. Immer wieder werden Kinder gezwungen, ihre eigenen Familien zu erschießen, damit ihnen jede Möglichkeit zur Rückkehr in die vertraute Umgebung versperrt ist.

Alkohol und Drogen sollen sie willig machen. Bevor sie an die Front geschickt werden, sind Einsätze als Boten, Träger oder Spione üblich. Aufgrund ihres geringen Körpergewichts werden sie außerdem häufig zum Räumen von Minenfeldern gezwungen, eine Aufgabe, bei der sehr viele Kinder schwer verletzt werden oder sterben. Auch Mädchen werden - wenn auch in geringerer Zahl als Jungen - eingezogen. Sie müssen in der Regel nicht an der Front kämpfen, sondern den Soldaten im Lager als Köchinnen oder Prostituierte dienen. Leib und Leben dieser Kinder sind extrem gefährdet. Auch Jahre nach ihrem Einsatz als Kindersoldatinnen und Kindersoldaten leiden sie schwer an den physischen und psychischen Traumata, so dass eine Rückkehr in ein ziviles Leben kaum möglich ist.

Das "Internationale Übereinkommen über die Rechte des Kindes", die sog. "Kinderkonvention" von 1989, erlaubt in Artikel 38 Absatz 2, den Einsatz von 15-jährigen als Soldaten. Das ist viel zu jung, finden zahlreiche Staaten. Auch das Internationale Rote Kreuz spricht sich dafür aus, das Mindestalter auf 18 Jahre anzuheben. Sowohl das Internationale Komitee vom Roten Kreuz als auch die Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften nehmen aktiv an einer Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen teil, die sich für die Einrichtung eines Zusatzprotokolls zur UN-Kinderrechtskonvention stark macht; Ziel ist es, die Rekrutierung von Kindern unter 18 Jahren und ihre Teilnahme an bewaffneten Konflikten zu verbieten.

Ziele und Ergebnisse

Das JRK macht sich dafür stark, dass Kinder nicht mehr als Kindersoldat*innen missbraucht werden. Die Rekrutierung von Kindern unter 18 Jahren und ihre Teilnahme an bewaffneten Konflikten soll verboten werden. Wir wollen betroffenen Kindern und Jugendlichen helfen. Wir wollen sowohl unsere Mitglieder als auch die externe Öffentlichkeit auf das Thema aufmerksam machen.

Seit dem 12. Februar 2002 ist ein Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention in Kraft, das die Teilnahme an Kampfhandlungen von unter 18-jährigen verbietet. Außerdem dürfen Minderjährige nicht mehr zwangsrekrutiert werden. Kindersoldat*innen sind damit illegal und dürfen nicht mehr in bewaffneten Konflikten eingesetzt werden. Dass das Protokoll zustande kam und in Kraft getreten ist, ist zum Teil der Erfolg des JRK. Gemeinsam mit anderen Nichtregierungsorganisationen, beispielsweise terre des hommes oder UNICEF, haben wir uns auf nationaler und internationaler Ebene für das Verbot von Kindersoldaten eingesetzt. 1999 und 2000 haben Jugendrotkreuzler*innen in ganz Deutschland beispielsweise Postkarten an verantwortliche Politiker*innen des Deutschen Bundestages geschrieben und sie aufgefordert, sich für das Verbot von Kindersoldat*innen stark zu machen. Auch dieses Engagement hatte schließlich Erfolg: Im September 2004 wurde das Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention endlich auch von Deutschland ratifiziert, d.h. in deutsches Recht umgewandelt. Leider blieb die Bundesregierung dabei hinter der "straight eighteen"-Forderung zurück und verständigte sich darauf, das Mindestalter für den freiwilligen Dienst bei der Bundeswehr bei 17 Jahren zu belassen. In einem Schreiben versicherte Bundesfamilienministerin Renate Schmidt der JRK-Bundesleitung, sich dennoch weiterhin für die Anhebung des Mindestalters auf 18 Jahren einzusetzen.

Um betroffenen Kindern und Jugendlichen zu helfen, haben wir Spenden für ein Straßenkinderzentrum in Kigali (Ruanda) gesammelt, in dem ehemalige Kindersoldat*innen betreut werden. Die Öffentlichkeit und unsere Mitglieder haben wir bei verschiedenen Veranstaltungen, durch zahlreiche Publikationen und Materialien und Pressemitteilungen immer wieder auf die schreckliche Situation der Kindersoldat*innen aufmerksam gemacht.

Das Hilfsprojekt: Ein Straßenkinder-Zentrum in Ruanda

Von 1999 bis 2004 haben deutsche Jugendrotkreuzler*innen ein Straßenkinder-Zentrum in Kigali (Ruanda) mit Spenden unterstützt. Im "Centre de la Jeunesse" bekommen Kinder, die durch den Bürgerkrieg in Ruanda ihre Familien verloren haben oder als Kindersoldat*innen missbraucht wurden, Hilfe: Sie können hier eine Ausbildung machen, werden später bei der Suche nach einem Arbeitsplatz unterstützt und lernen spielerisch, wieder ein Leben ohne Gewalt und Drogen zu

führen. Viele Kinder finden mit Hilfe des Straßenkinder-Zentrums den Weg zurück in ihre Familien.

Mit dem Spendengeld aus Deutschland - insgesamt über 14.000 Euro - konnte das Straßenkinder-Zentrum Fischteiche und Ställe anlegen sowie Hasen, Enten und Gymnastikgeräte kaufen. Die Straßenkinder haben außerdem 250 Legehennen angeschafft, die sie eigenständig versorgen und deren Eier sie verkaufen. Mit dem Erlös kann das Zentrum ihnen ein kleines Einkommen zahlen und seine eigenen Finanzen langfristig stabilisieren.

Aktionen und Highlights

September 1998

Jugendrotkreuzler*innen nehmen am UNICEF-Gespräch mit dem Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs für Kinder in bewaffneten Konflikten, Olara A. Otunnu, zum Thema Kindersoldaten in Bonn teil. Anlass ist der Weltkindertag.

Dezember 1998

JRKler*innen treffen sich mit Vertretern des Auswärtigen Amtes und terre des hommes in Bonn zu einem Arbeitsgespräch. Januar 1999 Auftaktveranstaltung der Kampagne in Merl mit über 80 Jugendrotkreuzler*innen aus dem ganzen Bundesgebiet.

Februar 1999

JRKler*innen treffen sich mit Vertreter*innen von UNICEF und weiteren Nicht-Regierungs-Organisationen in Köln zur Abstimmung des weiteren gemeinsamen Vorgehens.

April 1999

Treffen mit Vertreter*innen des Ausschusses für Menschenrechte in Bonn.

Juni 1999

Der Deutsche Bundestag dankt während der entwicklungspolitischen Debatte dem Deutschen Jugendrotkreuz namentlich für sein Engagement gegen den Einsatz von Kindern als Soldaten in bewaffneten Konflikten.

November 1999

Bundesweiter Aktionstag zum 10. Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention in Berlin; auch in vielen anderen Städten finden Aktionen statt.

Dezember 1999

DRK-Botschafter Uwe Hübner setzt sich im Rahmen seiner ZDF-Hitparadentournee für die Kampagne ein. JRK-Gruppen vor Ort unterstützen die Aktionen mit Infoständen. Jugendrotkreuzler*innen übergeben im Beisein von Bundeskanzler Gerhard Schröder 4.000 Postkarten mit Unterschriften für das Verbot von Kindersoldat*innen an die Bundesministerin Heidemarie Wiecek-Zeul.

März 2004

Die Delegierten des Bundesdelegiertentags beschließen eine Resolution gegen den Einsatz von Kindersoldat*innen und sprechen sich für die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zur UN-Kinderrechtskonvention aus. Die JRK-Bundesleitung fordert daraufhin die Bundesregierung in einem Schreiben auf, das Zusatzprotokoll rasch in deutsches Recht umzusetzen.

Materialien zur Kampagne findet ihr bei unserem Vertriebspartner [Kolöchter & Partner](#).

Cookies helfen uns bei der Bereitstellung unserer Inhalte. Durch die Nutzung unserer Webseite erklären Sie sich damit einverstanden, dass wir Cookies setzen. [Erfahren Sie mehr](#)

OK